

6 Fragestunde

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Wir kommen jetzt zur Fragestunde.

Beginn Fragestunde: 12.23 Uhr.

6.1 Frage 1: Entwicklungen im Tierschutzhaus Arche Noah (GRⁱⁿ Slama, Grüne an StRⁱⁿ Schönbacher, Freiheitlicher GR-Klub)

GRⁱⁿ Slama:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, liebe Frau Schönbacher. Also die Lage des Vereins für Aktiven Tierschutz ist immer noch sehr prekär und mittlerweile auch schon vehement undurchsichtig nach dem ersten Hilferuf vor mittlerweile genau einem Jahr. Wir erinnern uns, ich habe damals auch schon eine Frage dazu gestellt. Es ist jetzt verwirrender weitergegangen im Sinne von, der Vorsitzende ist zurückgetreten, es gab Verwirrungen darüber, wer den neuen Vorsitz hat, der Rahmenvertrag mit dem Land wurde gekündigt und mittlerweile gibt es immer noch keine funktionierende Zusammenarbeit zwischen dem Aktiven Tierschutz und dem Land Steiermark. Auch die Tierschutzklinik des Aktiven Tierschutzes ist vehement in die Kritik geraten, es gibt Hausdurchsuchungen und die Zukunft der Klinik ist auch jetzt noch nicht sicher und nicht fixiert, was natürlich auch die Behandlungen der dort lebenden Tiere betrifft. Nun ist meine

Frage

aus dem zusammengekommen:

Welche Schritte haben Sie als zuständige Stadträtin für Tierschutz im eigenen Wirkungsbereich gesetzt, um das Wohl der Tiere zu gewährleisten bzw. in den Fokus zu rücken (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Die Lage des Vereins für Aktiven Tierschutz ist nach wie vor prekär und undurchsichtig. Seit November 2021 wurde durch den Aktiven Tierschutz Steiermark die Sorge um eine baldige Zahlungsunfähigkeit laut, ein Fall, in dem auch das Tierschutzhaus Arche Noah in Graz vor der Schließung stehen würde. Nach Hilferufen an das Land Steiermark kam es zu vereinsinternen Konflikten. Hierbei wurde der damalige Obmann Forster abgesetzt und in verschiedenen Formaten von jeweils verschiedenen Nachfolgern abgelöst, die sich wiederum untereinander um die Führung des Vereines stritten.

Begleitet wurde diese Entwicklung von Hausdurchsuchungen der Kriminalpolizei und Vorwürfen von wirtschaftlicher Untreue bis Nötigung. Im Visier war hier vor allem die anliegende Tierklinik, die Behandlungen für die betreuten Tiere durchführt und von der Ehepartnerin des ehemaligen Obmanns geleitet wird. Wie es mit der Klinik weitergeht, ist noch in der Schwebe. Nach weiteren Wirrungen, wie der Kündigung des Rahmenvertrages mit dem Land Steiermark und einem Spruch der Vereinsbehörde zur Vorstandswahl, kam es Anfang Oktober erneut zu einem Hilferuf des Vereines. Die Situation zwischen dem Aktiven Tierschutz und dem Land ist nach wie vor angespannt und eine haltbare Lösung wurde noch nicht gefunden.

Die Situation der im Schutzhaus lebenden Tiere wird bei all diesen Konflikten kaum thematisiert und die internen Machtkämpfe überschatten deren ungewisse Zukunft. Auf Basis dieses Motivberichtes stelle ich nun folgende

Frage:

Welche Schritte haben Sie als zuständige Stadträtin für Tierschutz im eigenen Wirkungsbereich gesetzt, um das Wohl der Tiere zu gewährleisten?

StRⁱⁿ Schönbacher:

Frau Gemeinderätin Slama, ich danke Ihnen wirklich außerordentlich für diese Frage, weil nicht nur Sie und ich sind beunruhigt, sondern auch sehr viele Tierschützer, ob sie jetzt passiv oder aktiv die Tiere schützen. Und es gibt uns wirklich Gelegenheit auch, soweit man das jetzt aufklären kann, da auch ein bisschen Ordnung in das Ganze zu bringen. Also mein allererster Termin, als ich Tierschutzstadträtin geworden bin, war im November, direkt zur Arche Noah, weil es mich einfach interessiert hat, weil ich sehen wollte, ob es den Tieren gut geht. Und ich habe mich davon überzeugen können, dass es den Tieren gut geht und auch jetzt nach wie vor. Also ich bin sehr, sehr regelmäßig vor Ort und schaue, wie es den Katzen und Hunden dort geht, schaue mir jedes einzelne Tier an, und es geht ihnen Gott sei Dank gut, man kann mit ihnen kuscheln, sie sind gut versorgt, und das ist einmal wirklich sehr, sehr wichtig und schön zu sehen, dass die Tiere gut versorgt sind. Ganz wichtig ist, einmal aufzuklären bezüglich dieser gesetzlichen Vorgaben, weil tatsächlich zuständig ist ja der Landesrat Anton Lang. Und man muss dazusagen, er gibt jetzt nicht eine Förderung, wo man sagt, man kann etwas unterstützen, wenn man möchte oder auch nicht, sondern das, was er zu tun hat, ist ja ein gesetzlicher Auftrag. Er muss ja dafür sorgen, dass die Tiere hier versorgt sind, und der Auftrag ist auch, dass wirklich die Kosten des Personals abgedeckt sind, und die Kosten des Personals sind tatsächlich nicht abgedeckt. Bei meinen vielen Terminen, die ich haben durfte sowohl mit der Arche Noah als auch mit dem Land als auch mit sehr vielen anderen Tierschutzvereinen, die haben mir das eben bestätigt, wie wichtig das ist, dass das neu evaluiert und überdacht wird. Und auch diese Evaluierung konnte ich vorantreiben; aber leider ist sie nicht, wie versprochen, mit Juni 2022 vollendet worden, sodass die Tierschutzvereine genau wissen, so viel Personal wird mir zugesagt, so viel Personal darf ich haben und wird mir auch

finanziert. Das heißt, diese Evaluierung ist gestoppt worden, das bringt natürlich eine enorme Unsicherheit für den Verein und auch für die Mitarbeiter, weil die Mitarbeiter wissen da nicht, ob sie tatsächlich noch in ein paar Monaten noch einen Job haben oder nicht. Was ja für alle Seiten schlecht ist, weil wenn man zu wenig Personal hat, wenn man niemanden hat, der mit den Tieren umgehen kann, dann ist natürlich auch das Tierwohl nicht mehr richtig gesichert, und deswegen bin ich auch wirklich so oft in Kontakt mit allen Seiten gewesen, weil es da wirklich um die Tiere geht, und die Tiere können einfach nicht für sich sprechen, da müssen wir uns einfach einsetzen. Ich konnte mich auch einsetzen für den Neubau der Arche Noah, weil viele, die die Arche Noah kennen, werden wissen, wie wichtig das ist. Aber da ist der Verein ungefähr schon seit fünf Jahren hingehalten worden, und ich habe das mit mehreren Terminen, auch mit dem Stadtrat Eber gemeinsam, erreichen können, dass von der Seite der Stadt aus die Finanzierung da wäre und zugesagt wurde, aber leider eben durch den Evaluierungsstopp des Landes der Neubau nicht mehr möglich ist, was natürlich für die Arche Noah wirklich sehr bitter ist, weil sie hier immer wieder eine Versprechungen bekommen haben und das jetzt erst nicht durchziehen können. Also die Lage in der Arche Noah spitzt sich natürlich auch dadurch zu, weil man ständig in dieser Unsicherheit ist, aber trotz all dem ist zum Glück das Tierwohl wirklich immer gegeben. Wichtig ist es auch zu sagen, dass das Veterinärreferat ja die Tiere dort auch unterbringt, die ja abgenommen werden, deswegen ist auch von dieser Seite wirklich sehr regelmäßig eine Kontrolle da. Da wird auch immer geschaut, ob wohl alles passt, es hat auch Anzeigen gegeben, auch da ist geschaut worden, hat alles gepasst; ich habe auch das hinterfragt, habe mir angeschaut, was die Anzeige war, was das Ergebnis war, und auch das Tierwohl war hier immer gegeben, was ja uns allen wirklich sehr wichtig ist und deswegen ist es auch gut, dass hoffentlich sehr viele Zuschauer heute im Livestream auch das mitbekommen werden, dass das Tierwohl tatsächlich in der Arche Noah gegeben ist. Also ich hatte sehr viele Termine zum Thema Arche Noah, und mir ist auch zugesagt worden, dass wir Ende des Monats jetzt doch noch einen Termin mit dem Land bekommen können, weil das ist mir schon länger ein Anliegen, aber es war eben nicht möglich, und mit der Arche Noah selbst habe ich am

2. November den nächsten Termin, soviel zur Information. Und mir ist es auch sehr wichtig, dass Sie alle wissen, dass ich die Tierschutzsprecher:innen aller Fraktionen demnächst einladen werde, schriftliche Einladung folgt noch, sowie ich alle Informationen beisammenhabe, möchte ich informieren, weil sie sind ja die Multiplikatoren und können dann auch draußen sagen, was tatsächlich Sache ist (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, Zusatzfrage bitte. Und ich bitte, ein bisschen auf die Zeit zu achten.

GRⁱⁿ **Slama:**

Dafür hat sich meine Zusatzfrage geklärt durch diese ausführliche Beantwortung.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Passt, dann haben wir die Zeit wieder eingeholt (*Appl.*).

6.2 Frage 2: Transparenz für ÖV-Arbeitsgruppe (GR. Pointner, Neos an Bgm. Stv. Mag.^a Schwentner, Grüne)

Pointner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrtes Plenum, verehrte Zuseher:innen, live und an den Streams. Es geht um ein Jahrhundertthema für Graz und es geht um die Stille darum. Es ist nämlich sehr still geworden seit Mai. Es geht um das Thema ÖV, große ÖV-Lösung, S-Bahn-Tunnel. Wir haben eine Sondersitzung darüber gemacht, seitdem haben wir nichts mehr gehört. Wir haben uns dafür eingesetzt, ich habe mich dafür eingesetzt, dass die eingesetzte Arbeitsgruppe, die sich jetzt mit den Vorschlägen

beschäftigt ist, möglichst transparent arbeitet. Transparenz haben wir leider nicht erfahren bis jetzt.

Deshalb würde ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, die

Frage

stellen:

Zu welchen Zwischenergebnissen ist die ÖV-Arbeitsgruppe, die Sie im Mai eingesetzt haben, bis heute gekommen?

Originaltext der Frage:

Nach rund einem Jahr intensiver Arbeit liegen seit Mai dieses Jahres die Ergebnisse der Verkehrsexperten und deren Endbericht zur ÖV-Strategie für Graz vor. Ziel war es, Graz in die Zukunft zu begleiten und das passende ÖV-Konzept für eine moderne Stadt zu finden. Nach der Präsentation des Endberichts wurde von Bürgermeisterin Elke Kahr und Vizebürgermeisterin Judith Schwentner eine weitere Arbeitsgruppe gebildet, die die beiden unterirdischen S-Bahnlösungen prüfen sollten. Ein Ergebnis soll bis Dezember vorliegen.

Wir NEOS haben bereits in der Sondersitzung des Gemeinderats zu diesem Thema Anfang Juni Transparenz für die benannte ÖV-Arbeitsgruppe gefordert. Denn das Jahrhundertprojekt S-Bahn-Tunnel darf nicht in den Hinterzimmern des Rathauses entschieden werden. In einer modernen Stadt, wie sie Graz darstellen sollte, müssen die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden. Sie verdienen sich Transparenz und Mitbestimmung.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Vize-Bürgermeisterin Schwentner, zu welchen Zwischenergebnissen ist die ÖV-Arbeitsgruppe bis heute gekommen?

Bgm. Stv. Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Herr Gemeinderat Pointner, für die Frage. Wenn irgendetwas in den Hinterzimmern, so wie im Motiventext beschrieben, in den Hinterzimmern des Rathauses beschlossen oder besprochen wurde, dann wissen Sie mehr als ich. Es hat die Sondersitzung gegeben tatsächlich im Mai, und was ist über den Sommer hin passiert? Keine Stille, ich denke die heutige Antragsmappe oder die Mappe über die Stücke, die heute vorliegend sind, was den öffentlichen Verkehr anbelangt, brauchen wir nicht vorzuführen. Wir haben gestern drei Stunden im Ausschuss darüber gesprochen. Sehr viel ist seit dem passiert, nämlich wichtige Weichenstellungen genau in Richtung Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Graz. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur das verbesserte Angebot, das entstehen wird durch die GKB-Unterführungen, die geplant sind, durch den zweigleisigen Ausbau der GKB und der Elektrifizierung der GKB erwarten wir ja eine viel höhere Taktung und natürlich damit einhergehend auch der Ausbau von Nahverkehrsknoten in Reininghaus, Wetzelsdorf, Webling und Straßgang. Wir haben das Stück heute noch während der Sitzung und können noch ausführlich darüber diskutieren. In dem Zusammenhang möchte ich auch noch erwähnen, dass wir in der Zwischenzeit wesentliche Straßenbahnprojekte beschlossen haben, die auch in unmittelbarer Zeitnähe beginnen. Ich erwähne die Innenstadtentlastung, den 5-er-Ausbau, die Zweigleisigkeit des 5ers bzw. den Ausbau der Linie 1. Die angesprochene ÖV-Arbeitsgruppe hat es ja schon vor der Präsentation der Studie gegeben, das war ja eine Gruppe eingerichtet zwischen Land und Stadt, um sich nämlich über diese Überregionalität und den Zentralraum Graz betreffende öffentliche Verkehrslösungen zu einigen und abzustimmen. Die läuft ja weiter. Es ist nur in der Zwischenzeit nichts passiert, diesbezüglich nichts passiert, weil wir auf die Studie des Herrn Hüsler warten. Da hat es eine Abstimmung gebraucht, habe ich auch

schon gestern im Ausschuss erwähnt, weil es ja eine Studie war, die in Auftrag gegeben wurde von meiner Vorgängerin als zuständige Verkehrsreferentin, der Elke Kahr, und dem jetzigen Landeshauptmannstellvertreter Lang. Diese Abstimmung hat ein wenig gedauert, dann dauert es natürlich auch, bis man den Herrn Hüsler einladen kann aus der Schweiz, der kommt Anfang November, und genau in diesem Zeitraum werden wir auch ausführlich gemeinsam diskutieren, was die Studie ergibt und was das für Folgen für den öffentlichen Verkehrsausbau hat.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, Zusatzfrage bitte.

Pointner:

Dankeschön für die Antwort. Ich unterstellte niemandem Entscheidungen. Im Motiventext steht drinnen, es darf keine Entscheidungen in Hinterzimmern geben. Das nur zur Richtigstellung. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann wird also der Expertenbericht jetzt quasi unter den Deckmantel eines Oberexperten gestellt, auf den wir jetzt schon monatelang warten, das ist der Herr Hüsler, gerne. Jetzt noch die Nachfrage, wann werden die Endergebnisse der Arbeitsgruppe der Öffentlichkeit und dem Grazer Gemeinderat präsentiert werden?

Schwentner:

Ich weiß nicht, was Sie hineininterpretieren in Oberexperten Hüsler, hätte ich jetzt nicht herausgehört, zumindest aus meiner Wortmeldung niemand. Der Experte Hüsler kennt das Straßenbahnnetz und die Verkehrssituation in Graz sehr, sehr gut. Das ist ein

langjähriger, vertrauter Verkehrsexperte, mit dem schon meine Vorgänger und Vorgängerinnen gearbeitet haben. Insofern ist die Meinung des Herrn Hüsler eine sehr, sehr wichtige, die einfließen wird, wie schon oft erwähnt, in die derzeitige ÖV-Strategie, wie sie vorliegt. Das ist ein ergänzendes Puzzleteil in dem ganzen Konzept, das wird stattfinden im November, wenn wir quasi den vorliegenden Bericht von Herrn Hüsler haben, wenn wir ihn gemeinsam transparent im Ausschuss oder auch, wenn notwendig, auch im Unterausschuss diskutieren und dann können wir uns entscheiden, wie es weitergeht in Bezug auf die S-Bahn-Tunnel Varianten, die ja auch schon im Gespräch waren, bzw. auch in Zukunft in die Planung gehen, mit der sinnvollsten.

Pointner:

Also keine Antwort, ok.

Schwentner:

Keine Antwort, ja natürlich. Ich habe ja gesagt, im November kommt Herr Hüsler. Sobald wir in Kenntnis gesetzt werden, dann werden wir uns einen Termin ausmachen im entsprechenden Ausschuss. War auch gestern schon beantwortet.

**6.3 Frage 3: Lösung von Budgetnöten der Stadt - Termine mit politischen Vertretern von Bund und Land
(Klubobfrau GRⁱⁿ. Gmeinbauer, ÖVP an StR Eber, KPÖ)**

Gmeinbauer:

Sehr geschätzte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher am Livestream. Aus gegebenem Anlass, Herr Finanzstadtrat, stelle ich dir folgende

Frage:

Wie weit bist du gekommen in deinen persönlich geführten Gesprächen auf Landes- und Bundesebene mit politischen Vertreter:innen hinsichtlich Finanzierungs- und Budgetangelegenheiten und wie weit ist auch deine Forderung der Bundesmilliarden für Gemeinden angenommen worden bzw. welche Erkenntnisse kannst du uns derzeit kundtun?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Eber!

Aus gegebenem Anlass stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, die

Frage:

Welche Ergebnisse haben bisherige, von Ihnen persönlich geführte Gespräche mit politischen Vertreter:innen auf Bundes- und Landesebene in Finanzierungs- und Budgetangelegenheiten – etwa auch in der Frage der von Ihnen geforderten Bundesmilliarde für Gemeinden – in den letzten Wochen und Monaten gezeitigt?

StR Eber:

Sehr geehrte Frau Klubobfrau, liebe Daniela Gmeinbauer, vielen Dank für deine Frage, diese gibt mir auch die Möglichkeit, vorher ein paar kurze Sätze vielleicht einleitend erklärend ausführen zu können. Wir haben die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Graz durch die momentanen, einerseits durch die Preissteigerungen natürlich in vielen Bereichen sehr massiv. Wir haben beispielsweise zusätzliche Kosten oder Preissteigerungen im Hochbau von 20 %, im Tiefbau von 25 %, der Diesel ist im Einkauf für die Holding Graz um rund 60 % gestiegen. Und wenn man weiß, dass unsere

Holding rund 6 Mio. Liter Diesel im Jahr verbraucht, dann kann man sich ausrechnen, welche Mengen und um welche finanziellen Auswirkungen es hier geht. Aber auch bei Strom, Fernwärme, Gas gibt es massive Preissteigerungen. Das ist einmal der eine Bereich. Der andere, was mir auch ein Anliegen ist oder worauf ich hinweisen möchte, ist, dass insbesondere in den Jahre 2017 bis 2021, wo wir jetzt den letzten Rechnungsabschluss vorliegen haben, beispielsweise die Pro-Kopf-Verschuldung massiv gestiegen ist in unserer Stadt. Wir haben eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2011 bis 2017 immer in einem mehr oder weniger gleichen Rahmen gehabt von rund 3.600 € je Einwohner:in. Gemeint sind da Haupt- und Nebenwohnsitze gemeinsam. Von 2017 auf 2018 gab es bereits eine Steigerung von über 8 %, ebenso dann im Jahr 2019 auf 2020. Dazwischen war es ein bisschen weniger; natürlich ab 2020 haben wir diese krisenhaften Erscheinungen, beginnend mit Corona gehabt. Aus all diesen Gründen ist es jedenfalls dringend notwendig, dass wir Unterstützung von Seiten des Landes und auch des Bundes erhalten. Das gilt natürlich im Übrigen für alle Städte und Gemeinden in Österreich, die ja alle mit diesen krisenhaften Prozessen jetzt zu tun haben. Eine Bundesmilliarde wäre eine wichtige, sinnvolle und meines Erachtens notwendige Variante. Diese hat ja auch etwa der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi bereits eingefordert und hier ist ein gemeinsames Vorgehen auf Ebene des Städtebundes natürlich der sinnvollste und beste Weg meines Erachtens und auch da gibt es natürlich Gespräche von unserer Seite. Nicht nur im Rahmen des Städtebundes, sondern auch mit Experten aus der Arbeiterkammer, vom Fiskalrat des Bundes und natürlich auch vom KGZ. Auch das Land könnte hier, oh die Zeit wird schon knapp, das Land könnte hier uns unterstützen, auch da sind wir in guten Gesprächen mit Landeshauptmann Drexler und Landeshauptmannstellvertreter Lang. Für weitere Gespräche sind wir derzeit hier in gegenseitiger Terminabstimmung. Nachdem aber die finanzielle Lage der Stadt natürlich uns alle betrifft und für uns alle im Interesse ist, möchte auch ich natürlich dich und deine Partei ersuchen, bei euren Kolleginnen und Kollegen im Bund und Land sensibilisierend und unterstützend mit tätig zu sein. Danke.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, Zusatzfrage bitte.

Gmeinbauer:

Wie wir heute aus den Medien entnehmen können, planst du, oder siehst du eine deutliche Schlechterstellung von städtischen Bediensteten bei Gehaltserhöhungen im Bewusstsein, dass wir ohnehin schon mit Personalmangel im Bereich der Pflege, Gesundheit und Elementarpädagogik zu kämpfen haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus Graz sind der Garant für das Funktionieren dieser Stadt. Lieber Herr Finanzstadtrat, wenn man sich dann doch ansieht, dass die KPÖ mit dem Schlachtruf hinausgeht, kein Kollektivlohnabschluss unter 10 %, auf den Straßen das auch fordert und das Motto „Preise runter, Löhne rauf“ trommelt, muss man schon die Frage stellen zu Glaubwürdigkeit und meine Zusatzfrage dahingehend, bezugnehmend auf die Aussage in der heutigen Kleinen Zeitung:

Ab welcher Gehaltsbruttogrenze wird es keine Lohnerhöhungen geben bzw. ab welcher Bruttogehaltssumme gehört man zu einem, wie du sagst, Gutverdiener, und was ist unter diesem Solidarbeitrag genau zu verstehen, den du heute ansprichst?

Eber:

Ja auch hier danke für die Frage. Wir haben heute ja ausgehend von einem dringlichen Antrag diese Frage auch noch auf der Tagesordnung und werden sie dort auch noch einmal behandeln. Jetzt nur so viel dazu. Zunächst einmal diese Forderung von 10 % Kollektivvertragserhöhung, also keiner sollte darunter sein, war natürlich von der KPÖ Steiermark vor allem bezogen auf Metaller-Kollektivvertrags-Verhandlungen, die aktuell anstehen bzw. schon im Gange sind...

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: KPÖ Steiermark und KPÖ Graz!*

Eber:

Was die Beschäftigten im Hause Graz und insbesondere im Magistrat Graz anbelangt, hast du schon sehr richtig gesagt, das ist das Rückgrat der städtischen Verwaltung und auf die sind wir alle sehr stolz und umgekehrt habe ich auch den Eindruck, dass viele der Beschäftigten auch sehr stolz darauf sind und sein können, im Haus Graz, im Magistrat, auch arbeiten zu können und zu dürfen. Wie hier die konkreten Gehaltsabschlüsse dann aussehen werden, kann man zum jetzigen Zeitpunkt natürlich noch nicht sagen. Wie gesagt, wir haben später noch Gelegenheit, darüber zu sprechen. Ich möchte nur jetzt vorweg schon so viel dazu sagen, dass wir selbstverständlich zunächst einmal die Ergebnisse auf Bundesebene abwarten. In der Vergangenheit war es von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen ja immer so, dass diese Abschlüsse dann übernommen worden sind. Aber, wie gesagt, notwendig ist einmal, diese Ergebnisse auf Bundesebene abzuwarten und zu schauen, ob wir das 1:1 wieder übernehmen können oder sollen, oder ob es aus unserer Sicht notwendig ist, hier bestimmte Differenzierungen zu machen. Danke.

Gmeinbauer:

Meine Frage wurde nicht beantwortet, aber danke.

**6.4 Frage 4: geplante Leerstandserhebung in zwei Grazer Bezirken
(GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an Bgm. Stv. Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Reininghaus:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Saal. Liebe Gäste am Balkon und zuhause am Livestream. Ich stelle meine Frage heute an die Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und es geht um die geplanten Leerstandserhebungen, Wohnungsleerstandserhebungen, muss man dazu betonen in zwei Grazer Bezirken. Wie Sie vermutlich wissen, ist am 1. Oktober das neue Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz im Steirischen Landtag beschlossen und eben mit 1. Oktober, also vor knapp drei Wochen, in Kraft getreten. Das heißt, alle steirischen Kommunen, alle Gemeinden, auch die Stadt Graz könnte theoretisch für jeden leerstehenden Quadratmeter bis zu 10 Euro einheben im Jahr, wenn Wohnungs- oder Hauseigentümer Wohnungen frei stehen lassen, sie selbst nicht nutzen und sie auch nicht für Wohnzwecke zur Verfügung stellen.

Nun, Graz hat jetzt beschlossen, einen anderen Weg zu gehen, dem Land Steiermark in dem Fall nicht zu folgen und bevor hier eine Abgabe in Erwägung gezogen wird, soll einmal genau der Bestand an leerstehenden Wohnungen in Graz ermittelt werden.

Dazu wurde die Stadtbaudirektion beauftragt, gemeinsam mit dem Straßenamt, die in Kürze zwei Bezirke bekanntgeben werden, es wird ein Innenstadtbezirk sein und ein Außenbezirk von Graz, und diese zwei Bezirke werden dann hergenommen, um hochzurechnen, wie die Leerstände sich in ganz Graz entwickelt haben.

Die Stadtregierung verfügt ja derzeit nur über Schätzungen. Wir reden in etwa von 5.000 bis 15.000 leerstehenden Wohnungen und diese Frage ist natürlich schon wichtig, genau zu wissen. Denn wenn es tatsächlich 15.000 leerstehende Wohnungen sind, dann wäre es natürlich von Interesse, diese dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen, weil wir dann gleichzeitig sparen, weiter zu versiegeln, neu zu bauen, neuen Wohnraum zu schaffen. Die Sache ist tatsächlich sehr wichtig.

Meine Frage jetzt geht prinzipiell darum, wie man das hochrechnen kann. Wie man jetzt die einzelnen Bezirke in Graz vergleicht, die doch tatsächlich nicht 100-%ig

miteinander vergleichbar sind. Die sind unterschiedlich in Größe, in Dichte, in Bewohneranzahl und natürlich auch, was Bildungseinrichtungen und den öffentlichen Verkehr betrifft. Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, auf Grund welcher konkreten Parameter erhebt die Stadt Graz Daten, um zu einem wirklich verlässlichen und für das gesamte Stadtgebiet gültigen und belastbaren Ergebnis hinsichtlich der Leerstands-Zahlen zu kommen?

Originaltext der Frage:

Der Steirische Landtag hat im April dieses Jahres ein Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz beschlossen, das mit 1. Oktober in Kraft trat. Steirische Kommunen können demnach Abgaben für jeden leer stehenden Quadratmeter einheben, wenn EigentümerInnen ihre Wohnungen leer stehen lassen. Nun will die Grazer Stadtregierung die tatsächlichen Wohnungsleerstände erheben und die Ergebnisse nächstes Jahr erneut zur Diskussion stellen. Allerdings soll die Anzahl an freistehenden Wohnungen für ganz Graz in nur zwei Bezirken erhoben werden und zwar in einem Innenstadt-Bezirk und in einem der Grazer Außenbezirke. Noch ist nicht bekannt, welche zwei Bezirke als „Feldversuch“ von Stadtbaudirektion und Straßenamt ausgewählt werden. Die Grazer Stadtbezirke sind jedoch nicht zu 100% miteinander vergleichbar, da sie unterschiedlich in Größe, Dichte und Einwohnerzahl, etc. sind.

Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende

Frage

*Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner,
auf Grund welcher konkreten Parameter erhebt die Stadt Graz Daten, um zu einem
verlässlichen und für das gesamte Stadtgebiet gültiges und belastbares Ergebnis
hinsichtlich der Leerstands-Zahlen zu kommen?*

Bgm. Stv. Mag.^a **Schwentner:**

Danke für die Frage, es ist vielleicht tatsächlich wichtig, das auch einmal öffentlich zu erklären, wie es darum steht und auch deine Analyse, liebe Frau Gemeinderätin, in Bezug auf die Fakten und Daten, die man braucht, um dann auch entsprechend planen zu können, ist ganz richtig und notwendig. Vielleicht eines zuvor, zuständig ist nicht das Straßenamt und auch nicht die Stadtbaudirektion, sondern zuständig ist eh Frau Achleitner, sie ist gerade eingetroffen, die Stadtvermessung, die Präsidialabteilung und das Stadtplanungsamt. Es war nicht ganz banal rauszufinden, wie wir, obwohl uns, wie erwähnt, die Landesgesetzgeberin oder Landesgesetzgeber, das Land Steiermark, die Möglichkeit gegeben hat, aber es hat nicht mitgeliefert, wie man das denn machen kann, die Leerstandserhebung, und das ist nicht ganz banal, nämlich aus Datenschutzgründen nicht besonders einfach. Deswegen hat es auch gedauert herauszufinden, über die Stadtplanung, über die entsprechenden Abteilungen zu schauen, wie das gehen kann. Das passiert jetzt gemeinsam mit der Energie Graz und auch da braucht es noch detailliertere Abstimmung, um dann auch ins Tun zu kommen und auf Basis der Ergebnisse auch sozusagen eine gute, gerechte Vorgehensweise, die auch dem Datenschutzgesetz entspricht, zu entwickeln. Geplant ist nicht, das muss man auch betonen, eine Erfassung von den konkret leerstehenden Wohneinheiten und den Eigentümer:innen, weil das können wir nicht aus datenschutzrechtlichen Gründen und das ist nicht zulässig. Das heißt, alles, was erhoben wird, wird so etwas sein wie eine statistische Erhebung, die vorbereitet wird und eine ungefähre Einschätzung

ergeben wird in Bezug auf leerstehende Nutzungseinheiten. Insgesamt und diese Daten dienen uns dann als Basis für eine weitere Vorgehensweise. Die Bezirke werden zwei sehr, ich glaube, es war eh schon erwähnt, sehr unterschiedliche Bezirke sein. Jetzt im Sinne von unterschiedlich strukturiert, bewohnt und das ist gerade leicht zu entscheiden, welche Bezirke das sein werden und auch dahingehend, wie repräsentativ dann diese Zahlen auch sind für die Erhebung der Leerstandszahlen hochgerechnet auf das gesamte Stadtgebiet, bzw. für eine weitere Vorgangsweise. Der langen Rede oder umständlichen Rede kurzer Sinn ist, das war nicht ganz einfach, dahin zu kommen, die Daten zu erheben, das abzustimmen, das dem Datenschutzrecht konform zu machen und auch qualifizierte Ergebnisse zu bekommen. Die qualifizierten Interpretationen und Hochrechnungen werden dann die entsprechenden Abteilungen machen, sobald wir die zwei Bezirke erhoben haben, und dann wird natürlich auch der Gemeinderat darüber in Kenntnis gesetzt werden.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, ich bitte um die Zusatzfrage.

Reininghaus:

Ja, ich hätte noch eine Zusatzfrage und zwar, wenn wir schon in zwei Bezirken den Wohnungsleerstand erheben, ist es angedacht, dass Sie hier auch gleich die Nullerlagen mitnehmen, also die leeren Geschäftsflächen? Weil, die sind ja auch nicht uninteressant für Graz.

Schwentner:

Es sind alles Daten, die über die Energie Graz zu evaluieren sind. Wird wahrscheinlich nicht ausgenommen sein. Ich muss mir das so oder so erst im Detail ansehen, wie es jetzt genau angegangen werden kann, aber es ist nicht auszuschließen, denke ich.

Reininghaus:

Darum mein Ersuchen, danke.

**6.5 Frage 5: Erhöhung des Sportbudgets 2023 aufgrund der Inflation und Energiekrise
(GRⁱⁿ Kreiner, ÖVP an StR Eber, KPÖ)**

GRⁱⁿ Kreiner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher. Ich stelle heute meine Frage an Herrn Stadtrat Eber. Sehr geehrter Herr Stadtrat, bereits in den vergangenen Jahren standen unsere Vereine und Verbände vor großen Herausforderungen durch die Covid-Pandemie. Die massive Teuerung im Energiebereich wirkt sich auf den Sportbetrieb mit großen Hallen und österreichweiten Wettbewerben immens aus. Viele Sponsoren müssen aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage ihre Sponsoring-Tätigkeiten reduzieren oder gar völlig einstellen. Es braucht analog zu den Corona-Hilfen nun auch Hilfe für die Energiekosten der Vereine. Hier ist meiner Meinung nach die Stadt gefordert, rasch zu helfen. In der Sportstrategie 2030 der Stadt Graz, die wir einstimmig 2019 beschlossen haben, ist unter den sieben Zielen auch die finanzielle Struktur des Sportamtes klar festgelegt: „Das Budget der Stadt Graz für die Sportförderung der Sportvereine und Sportler:innen beträgt ab dem Jahr 2021

mindestens 5 Mio. Euro jährlich. Ab 2024 wird diese Sportförderung an die Inflation angepasst.“

Wir brauchen den Sport und die Sportvereine genau jetzt, um die Menschen fit und gesund zu halten, das soziale Gefüge und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Manfred Eber, die

Frage:

Sind Sie bereit zu prüfen, ob die in der einstimmig beschlossenen Grazer Sportstrategie in Aussicht gestellte Inflationsanpassung des Sportbudgets schon im Jahr 2023 durchgeführt werden kann und somit diese in das avisierte Nachtragsbudget 2023 aufzunehmen (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Bereits in den vergangenen Jahren standen unsere Vereine und Verbände vor großen Herausforderungen durch die Covid-Pandemie.

Die massive Teuerung im Energiebereich wirkt sich auf den Sportbetrieb mit großen Hallen und österreichweiten Wettbewerben immens aus, sei es durch Kosten für Treibstoff, Gas oder Strom.

Außerdem bringt die aktuelle Wirtschaftslage viele Sponsoren, die oft kleine und mittelständische Unternehmen sind, dazu, ihre Sponsoring-Tätigkeiten zu reduzieren oder gar völlig einzustellen.

Es braucht analog zu den Corona-Hilfen, wo die Zuschauereinnahmen kompensiert wurden, Hilfe für die Energiekosten der Vereine. Auch die Stadt ist gefordert, hier wieder rasch und unbürokratisch zu helfen.

In der Sportstrategie 2030 der Stadt Graz, die wir einstimmig 2019 beschlossen haben, ist unter den sieben Zielen auch die finanzielle Struktur des Sportamtes klar festgelegt: „Das Budget der Stadt Graz für die Sportförderung der Sportvereine und Sportler:innen beträgt ab dem Jahr 2021 mindestens 5 Mio. Euro jährlich. Ab 2024 wird diese Sportförderung an die Inflation angepasst.“

Wir brauchen den Sport und die Sportvereine genau jetzt, um die Menschen fit und gesund zu halten, das soziale Gefüge und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Manfred Eber die

Frage:

Sind Sie bereit zu prüfen, ob die in der einstimmig beschlossenen Grazer Sportstrategie in Aussicht gestellte Inflationsanpassung des Sportbudgets schon im Jahr 2023 durchgeführt werden kann und somit diese in das avisierte Nachtragsbudget 2023 aufzunehmen?

StR Eber:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Marion Kreiner. Danke auch hier für die Frage. Unbestritten ist, ich glaube von uns allen, deswegen ja auch der Verweis auf die einstimmige Beschlussfassung der Sportstrategie 2019, dass Sport, und hier insbesondere natürlich auch der Breitensport, ein wichtiger Bestandteil vor allem hinsichtlich sozialer und gesundheitlicher Aspekte ist. Wir sind uns auch natürlich bewusst, dass gerade die vielen unzähligen Sportvereine in unserer Stadt, die von Global Active City vielen Freiwilligen am Laufen gehalten werden, seit 2020, also seit Beginn der Corona-Krise, schwere Zeiten durchgemacht haben. Graz ist ja eine

Sportstadt, haben wir auch heute ganz am Anfang vom Kollegen Thomas Rajakovics, er ist ja noch hier, gehört, Stichwort Global Active City, Stichwort Special Olympics sind da auch gefallen, und wir bekennen uns natürlich auch dazu. In den letzten Jahren sind ja sehr große Investitionen auch von Seiten der Stadt in die Sportinfrastruktur getätigt worden: ASKÖ-Halle, Sportunion, Dreifach-Ballsporthalle, das Stadtbootshaus usw. Und auch heuer haben wir bereits mehrere Infrastrukturmaßnahmen unterstützen können, etwa Tennisanlage des GAK oder auch zuletzt die Tischtennishalle im ASKÖ-Stadion. Konkret hat es auch zwei Treffen bereits mit dem steirischen Verbandspräsidenten gegeben, wo es auch um die Problematik der Teuerungen im Energiebereich konkret gegangen ist. Beim letzten Treffen war ja auch der Kollege Kurt Hohensinner mit dabei und auch da arbeiten wir natürlich daran, eine finanzielle Unterstützung einmal der Dachverbände für die erhöhten Energiekosten auszuarbeiten bzw. hier auch als Stadt mitzuhelfen, wobei man auch immer sagen muss, ganz alleine schafft es auch die Stadt Graz nicht, also all diese Herausforderungen zu stemmen. Für den ganzen Bereich des Sports gilt meines Erachtens eine Ähnliches wie für den Kulturbereich, insbesondere für die freie Szene, da wissen wir natürlich auch darum, dass die Wirtschaftslage insbesondere für die kleineren Vereine hier äußerst schwierig ist. Und von daher werden wir einerseits sehr gerne dem Wunsch nachkomme zu prüfen, ob wir diese Mittel jetzt für 2023 auch entsprechend erhöhen können, ersuche aber gleichzeitig auch noch um etwas Geduld, weil wir eben gerade dabei sind, die Mittelfristplanung und die Auswirkungen auf diese zu eruieren und zu erheben, und erst dann können wir konkret sagen, wo wir mit welchen Mitteln in welcher Höhe usw. wir hier auch unterstützend tätig sein können.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Kreiner**: Sie meinen die Inflationsanpassung?*

StR Eber:

Ja, Entschuldigung, die Inflation.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, Zusatzfrage bitte.

GRⁱⁿ **Kreiner:**

Ja, ich hätte auch eine Zusatzfrage. Also danke einmal dafür, das freut mich natürlich sehr. Sind Sie außerdem bereit, mit den Vertreterinnen und Vertretern der nicht professionellen Grazer Bundesligasportvereine und solchen, die Leistungssport in Hallen betreiben, aufgrund der prekären Mehrkosten unmittelbar das Gespräch zu suchen und kurzfristige Lösungsansätze, wie z.B. die Erhöhung des Holding-Sponsorings, dieser Vereine zu prüfen, oder auch andere Sporthilfen, haben wir jetzt eh schon besprochen, also z.B. da jetzt auch noch einmal bei der Holding nachzufragen?

StR **Eber:**

Ich bin natürlich sehr gerne bereit, hier auch, wo es mir möglich ist, ein bisschen mitzuhelfen. Ich bin auch gerne bereit, gemeinsam mit dir und mit dem Sportstadtrat Kurt Hohensinner, mit dem Sportamt hier ein gemeinsames Gespräch vielleicht zu suchen, zu schauen und auszuloten einmal, wie der Bedarf ist, also der ganz akute und aktuelle Bedarf, und zu schauen, wo wir hier vielleicht sehr schnell unterstützend mithelfen können (*Appl.*).

**6.6 Frage 6: Prüfung und Verbesserung der Verkehrssituation in St. Peter in Wohngebieten westlich der St.-Peter-Hauptstraße
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP an Bgm. Stv. Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Potzinger:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, geschätzte Damen und Herren vor Ort und im Livestream, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und unsere Verkehrsstadträtin.

Es geht wieder einmal um meinen Wohnbezirk St. Peter, wo ich als Betreuungsgemeinderätin tätig sein darf und fast täglich mit Fragen zum Thema Verkehr konfrontiert werde. Es ist das Thema Nr. 1, es wird sicher auch nächsten Dienstag bei der Bezirksversammlung sein, es geht um die Verbesserung der Verkehrssituation in den Wohngebieten in St. Peter. Einige Nebenstraßen, vor allem im Bereich zwischen der St.-Peter-Hauptstraße und der Bezirksgrenze zu Liebenau hat stark zunehmenden Pendlerverkehr, der diese Gegend sehr belastet. Natürlich auch Schleichverkehr, Tempo 30 wird oft überschritten, da würden wir mehr Tempomessanlagen brauchen, die würden sicher Abhilfe schaffen. Ich nehme das Areal zwischen der Gluckgasse im Norden, St.-Peter-Hauptstraße im Osten, St.-Peter-Gürtel im Süden und den der Bezirksgrenze im Westen. Als Beispiel die Hubertusstraße, die natürlich schnurgerade ist und zum Rasen einlädt, aber dort befindet sich das Caritaswohnheim und am unteren Ende der Pfarrkindergarten; und im Wohnheim haben wir natürlich auch Damen und Herren, die sich selbstverständlich frei bewegen können, aber manchmal auch die Verkehrssituation nicht so einschätzen können, die also besonderer Rücksichtnahme bedürfen. Deshalb würden wir hier auf jeden Fall temporeduzierende Maßnahmen brauchen. Ich habe das schon mehrfach thematisiert. Ich weiß, man baut keine Hupferl mehr, weil die Schneepflüge da beschädigt werden, aber es gibt auch Fahrbahneinlagerungen, die eben dann bei höherer Geschwindigkeit rumpeln und ein Geräusch erzeugen, was immer - damit man so etwas eventuell überlegt. Das gibt es in anderen Städten. Dann kommen auch die Probleme mit illegal abgestellten Fahrzeugen. Beispielsweise in der Nußbaumerstraße, wo mir Anrainer:innen sagen, dass sie dadurch fast unmöglich in ihre Garage am

Grundstück fahren können. Auch die Sicherheit der Fußgänger ist natürlich vor allem gefährdet, wo wir keine Gehsteige haben. Einmal mehr erwähnt beispielsweise die Kurve beim Sturm-Trainingszentrum am Sternäckerweg, dort haben wir auch eine sehr aktive Bürgerinitiative, die das immer wieder auch moniert. Aktuell heute habe ich schon zwei Anrufe bekommen, Sorge in der Marburger Straße. Wenn da jetzt eine Radstraße wird, was ist dann mit den Anrainern, die mit dem Auto aus der Nußbaumerstraße, aus der Liebengasse usw. kommen? Dürfen die dann überhaupt noch durch die Marburger Straße fahren?

Lebensqualität ist uns natürlich ein großes Anliegen und daher darf ich namens meiner Fraktion die folgende

Frage stellen:

Welche Maßnahmen sind geplant, um die Verkehrssituation des im Motivenbericht angeführten Wohngebietes unter besonderer Berücksichtigung der Anrainer:inneninteressen zu verbessern?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Einige Nebenstraßen, die in St. Peter zwischen der St.-Peter-Hauptstraße und der Bezirksgrenze zu Liebenau durch Wohngebiete führen, sind vor allem durch den zunehmenden Pendlerverkehr massiv belastet. Tempo 30 wird oft stark überschritten – mehr Tempomessanlagen könnten Abhilfe schaffen! Betroffen sind vor allem die Anrainer des Areals zwischen der Gluckgasse im Norden, der St.-Peter-Hauptstraße im Osten, dem St.-Peter-Gürtel im Süden und der Bezirksgrenze im Westen. Als Beispiel sei die Hubertusstraße genannt, wo sich das Seniorenwohnheim der Caritas und der Pfarrkindergarten befinden.

Dazu kommen Probleme, die durch illegal abgestellte Fahrzeuge entstehen: Die Zufahrt zu manchen Grundstücken, beispielsweise in der Nußbaumerstraße, ist dadurch fast

unmöglich. Auch die Sicherheit für Fußgänger ist dort nicht gewährleistet, wo durchgehende Gehsteige fehlen, beispielsweise am Sternäckerweg in der Kurve beim Sturm-Trainingszentrum.

Die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner des schönen Bezirkes St. Peter ist mir als Betreuungsgemeinderätin ein großes Anliegen. Daher stelle ich an Sie in Ihrer Funktion als Frau Verkehrsstadträtin folgende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Verkehrssituation des im Motivenbericht angeführten Wohngebietes unter besonderer Berücksichtigung der Anrainer:inneninteressen zu verbessern?

Bgm. Stv. Mag.^a **Schwentner:**

Werte Frau Gemeinderätin, danke für Ihre Frage. Das ist tatsächlich hier eine schwierige Situation im Bezirk. Ich kann das nachvollziehen. Es wurde ja in den letzten Jahren baulich sehr viel verändert. Es ist viel gebaut worden, aber es ist, was Verkehrslösungen, Verkehrskonzepte anbelangt, nicht entsprechend nachgezogen worden, was die Infrastruktur betrifft. Insofern kann ich nachvollziehen, dass das eine Belastung ist für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes, dass es da einfach eine stark frequentierte Strecke gibt. Wer mich kennt, weiß, dass mir die Sicherheit und der Schutz von Kindern und älteren Menschen im Verkehr ein riesiges Anliegen ist. Zum einen aus Sicherheitsgründen, aus Lebensqualitätsgründen und zum anderen auch aus Klimaschutzgründen. Eine klimaorientierte Stadtentwicklung orientiert sich immer an den Interessen der Bürger und Bürgerinnen und auch am Schutz der Bürger und Bürgerinnen. Deswegen haben wir heute auch ein mir sehr wichtiges Stück, die klimaorientierte Stadtentwicklung, noch zur Diskussion im Gemeinderat. Warum ist

das wichtig? Weil genau in dem Stück auch steht, dass wir die Verkehrspyramide neu ausrichten. Nämlich, dass wir immer darauf schauen in sämtlichen Planungen der Stadt, sei es Verkehrsplanung oder Stadtplanung, dass wir zuerst an die Fußgänger und Fußgängerinnen denken, dann an die Radfahrer und Radfahrerinnen, beides die aktive Mobilität, dann den öffentlichen Verkehr und dann den MIV, der motorisierte Individualverkehr, seien es Moped, Motorräder und Autos. In dem Fall und in dem Gebiet, das Sie ansprechen, ist vielleicht eines zu erwähnen, nämlich die Tempomessanlagen. Wenn sie sich da mehr davon wünschen, dann muss ich auf den Bezirk verweisen, weil Tempomessanlagen werden im Bezirk verwaltet deswegen, weil der Bezirksvorsteher und Bezirksräte in der Regel besser wissen, wo es hakt, wo es die Notwendigkeit gibt, so etwas aufzustellen zur Bewusstseinsbildung oder auch zur Unterstützung der Einhaltung von Tempolimits. Also bitte auch sich da an den Bezirksrat zu richten mit der Bitte zu schauen, wo da etwas aufzustellen ist.

Was die Strecke Marburger Straße und diese parkenden oder eben im illegalen Bereich parkenden Autos anbelangt, so ist eines passiert, dass man die Markierungen nachgezogen hat, damit besser erkennbar ist, wo tatsächlich Parkplätze sind für Autos. Wenn etwas außerhalb davon abgestellt wird, dann kann ich nur daran appellieren, erstens dass man das nicht tut und zweitens, dass es abgestraft wird, überwacht und bestraft, aber dafür, wissen Sie, ist nicht die Politik zuständig, sondern dann die entsprechenden Behörden. Mir ist es wichtig auch zu erwähnen, dass wir gerade in der Nähe des ORF-Parks, also Marburger Straße und Purgleitnerstraße, da haben wir heute auch zwei Stücke im Gemeinderat, Stadtsenat zu neuen Gehsteigen und Schutzwegen. Also wir machen da laufend etwas. Sozusagen justieren in der Infrastruktur nach, in der fehlenden Infrastruktur, da gebe ich dir absolut Recht. Ich bin im Austausch mit der Bürgerinitiative vom Sternäckerweg, die kommen im November zu mir und wir werden uns austauschen über deren Anliegen. Da geht es ja auch um Gehsteigprojekte da in der Kurve beim Sturm-Trainingszentrum, da ist in Vorbereitung. Hängt natürlich auch davon ab, wie wir uns das personell und budgetär leisten können, weil, Sie wissen, Infrastruktur im Straßenraum ist leider sehr teuer und wir müssen schauen, wie das alles leistbar ist. Ich möchte noch etwas sagen zur geplanten, oder hoffentlich

sozusagen in Umsetzung, es fehlen noch die letzten Schritte, was die Fahrradstraße anbelangt. Eine Fahrradstraße ist keine Straße, wo nur mehr Fahrräder fahren dürfen, sondern das ist eine Straße, wo ein gleichberechtigter Verkehr zwischen Fahrrädern, Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern, die dürfen da nämlich nebeneinander fahren und Autos passieren soll und insofern zur Sicherheit aller, die sich in dem Raum bewegen und dort ist wirklich ein Siedlungsgebiet entstanden und viele Menschen unterwegs. Das ist wichtig in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, die Zusatzfrage bitte.

Potzinger:

Dankeschön. Ganz kurz möchte ich vorher noch nachfragen bezüglich dieser verkehrsreduzierenden Maßnahmen z.B. mit diesem Belag, der rumpelt, wenn man zu schnell drüber fährt.

Dann habe ich die eigentliche Zusatzfrage, die bezieht sich auf den schon mehrfach angekündigten Kreisverkehr, Neufeldweg/Karl Huber-Straße/Petrifelderstraße, wann der kommt.

Bgm. Stv. Mag.^a Schwentner:

Das mit dem Belag nehme ich mit, habe ich noch nicht mit den zuständigen Abteilungen diskutiert. Die Frage mit dem Kreisverkehr kann ich in der Deutlichkeit, wann das kommt, nicht beantworten, nehme ich auch mit und werde ich nachreichen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals, die nächste Fragestellerin ist die Frau Gemeinderätin Leban-Ibrakovic, sie stellt die Frage an mich und ich darf den Vorsitz an Frau Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übergeben.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.07 Uhr).

**6.7 Frage 7: Quo vadis Internationale Beziehungen?
(GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, auch liebe Gäste hier vor Ort und im Livestream. Man wird sich vielleicht wundern, warum gerade ich diese Frage stelle und deswegen ist es mir ein großes Anliegen, ein wenig weiter auszuholen. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Sie haben in Ihrer Antrittsrede betont, Sie möchten gerne eine Bürgermeisterin für alle Grazerinnen und Grazer sein. So sehe ich Sie auch als meine Bürgermeisterin an, durch die ich mich im Außen aber auch im Innen gut vertreten wissen möchte. Ich habe Sie immer als Mensch sehr geschätzt, auch Ihr soziales Engagement, schon bevor ich politisch aktiv wurde, und ich habe auch nie irgendwie daran gezweifelt Ihre Bestrebungen eines friedlichen Miteinanders, das Sie ja stets betonen. Durch die verschiedenen Taten bzw. Vorfälle, die ja sehr gut dokumentiert sind, sowohl Worte als auch wirklich Taten, bin ich aber ein wenig verunsichert und das Vertrauen in Sie beginnt zu bröckeln. Es ist für mich einfach nicht mehr nachvollziehbar, warum Sie sich zwar verbal, aber nicht wirklich durch Taten von genau jenen Menschen distanzieren, die dieses friedliche Miteinander in Frage stellen. Das lässt nicht nur mich, sondern auch viele Bürger und Bürgerinnen, aber auch viele internationale Partner etwas verwundert zurück. Ich bin ja beruflich sehr gut vernetzt

international und auch oft in den Nationen unterwegs, die vor allem da jetzt auch z.B. als „Kasperlnationen“ bezeichnet wurden. Ich wurde tatsächlich schon öfter auf diese Vorfälle angesprochen. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang auch erinnern, dass sich der ukrainische Botschafter bereits an unseren Landeshauptmann gewandt hat und möchte da jetzt auch kurz aus der Rede des Landeshauptmannes im Landtag zitieren: „Hier geht es schon längst nicht mehr um landespolitische Auseinandersetzungen, es geht um nichts weniger als bedeutendste Interessen der Steiermark und der Stadt Graz, um das Ansehen unseres Landes in anderen Nationen und um die weitere Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern.“ Vor allem möchte ich noch einmal den Appell an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Zitat des Landeshauptmanns noch einmal wiederholen: „Worte des Abstands reichen als prominenteste Vertreterin der kommunistischen Gesinnungsgemeinschaft nicht mehr. Wenn man eine solche Geisteshaltung gewähren lässt, macht man sich mitverantwortlich. Ich bitte Sie eindringlich, wenden Sie noch mehr Schaden von unserem Land ab.“ Diese Angelegenheit ist längst nicht mehr Sache nur der KPÖ, sondern durch Ihre Funktion hier in der Stadt ein Problem der Menschenrechtsstadt Graz. Deswegen stelle ich im Rahmen des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

Frage:

Welche Maßnahmen haben Sie im Rahmen Ihrer Verpflichtung, die Stadt zu vertreten, sowie Ihrer ressortmäßigen Zuständigkeit für Internationale Beziehungen der Stadt und damit auch der Pflege der internationalen Städtepartnerschaften der Stadt Graz bereits gesetzt bzw. werden Sie noch setzen, um den durch Reisen und Äußerungen diverser Mandatare entstandenen internationalen Reputationsschaden von Graz in Ländern, wie der Ukraine, Slowenien, Montenegro und den baltischen Republiken, sowie unseren Partnerstädten, wie gerade Maribor, wiedergutzumachen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Aus gegebenem Anlass stelle ich Ihnen die

Frage:

„Welche Maßnahmen haben Sie im Rahmen Ihrer Verpflichtung, die Stadt zu vertreten, sowie Ihrer ressortmäßigen Zuständigkeit für Internationale Beziehungen der Stadt und damit auch der Pflege der internationalen Städtepartnerschaften der Stadt Graz bereits gesetzt bzw. werden Sie noch setzen, um den durch Reisen und Äußerungen diverser Mandatäre entstandenen internationalen Reputationsschaden von Graz in Ländern, wie der Ukraine, Slowenien, Montenegro und den baltischen Republiken, sowie unseren Partnerstädten, wie gerade Maribor, wiedergutzumachen?“

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Liebe Frau Leban-Ibrakovic, die Beurteilung, wie die Menschen mich sehen als Mandatarin, als Bürgermeisterin, als Mitglied einer Bewegung über seit vielen Jahrzehnten ist immer wichtig, dass es die Leute selbst tun. Ich kann nur sagen, was die Menschen mir rückmelden und da sehe ich, dass die menschliche, soziale und vor allem der Blick, weil Sie gesagt haben, ich bin für alle Menschen da, genau das ist die Rückmeldung, die ich von den Menschen erhalte, unabhängig davon, ob Sie meiner Bewegung das Vertrauen geben oder nicht. Das hat etwas mit einer grundsätzlichen Haltung insgesamt zu Menschen zu tun, weil nämlich immer unabhängig von meiner Parteizugehörigkeit jeder für mich gleich wichtig und wert ist. Egal von wo wer kommt oder welche Religionszugehörigkeit er hat, ob es ein Mann oder eine Frau ist. Das werden Sie, wenn Sie in der Öffentlichkeit reden, mit wem auch immer, und es hilft gar nichts wenn ich das sage, fragen Sie einfach die Leute und horchen Sie hin, was die Menschen darauf antworten. Ich habe mich nie anders verhalten, egal, in welcher

Aufgabe oder Rolle ich war. Als Bürgermeisterin und in dem Jahr, wo ich das sein durfte und auch für die internationalen Beziehungen ist es mir nicht nur eine Ehre, sondern bin ich auch sehr stolz darauf, sagen zu dürfen und ich glaube, das ist auch als Information durchaus für alle Mandatar:innen nicht unwichtig, dass wir so viele Begegnungen hatten mit Botschafter:innen und Vertreter:innen aus anderen Ländern, wie kaum zuvor. Warum auch immer, es ist ein großes Interesse an wirtschaftlicher Beziehung und kulturellen, aber auch letztendlich aus zwischenmenschlicher Beziehung und wir sind eigentlich immer so auseinander gegangen, dass der Wunsch nach einer baldigen Begegnung sehr groß war. Damit Sie wissen, wer das in diesem Jahr war. Erst letzte Woche war die Vizebürgermeisterin der kroatischen Hauptstadt Zagreb, Dr.ⁱⁿ Danijela Dolenc, auf Besuch bei uns im Rathaus und hat auch Vizebürgermeisterin treffen möchte, vor allem, weil es ihr darum gegangen ist, wie unsere Stadt Graz auf Problemfelder wie Stromausfälle, Strategien in der Pflege oder auch Prävention von Gewalt gegen Frauen, welche Projekte wir hier haben. Genauso möchte ich Ihnen einen Überblick geben in die Städtepartnerschaften, die selbstverständlich in der gleichen Weise weitergehen wie in den vergangenen Jahren. Ich denke, das wissen Sie alle, das wir mit Montclair ein Studienaustauschprogramm haben, wo immer zwei Studierenden aus Graz ermöglicht wird, für zwei Semester in Montclair zu sein und ebenfalls umgekehrt. Das Gleiche gilt für Graz und Triest, wo drei Austauschstudierende aus Triest ein einmonatiges Praktikum bei uns in der Graz Holding machen. Wir haben jetzt die Städtepartnerschaften mit Darmstadt, mit Pula und mit Pécs, die haben alle stattgefunden. Kolleg:innen waren hier auch dort, und vor kurzem erst konnte ich den Bürgermeister aus unserer Partnerstadt Pula bei mir begrüßen und in unserer Stadt Graz auch willkommen heißen. Das ist immerhin eine 50-jährige Städtepartnerschaft. Hier ging es um die Themen Verkehr und Stadtentwicklung bzw. hat es hier auch eine Führung durch den neuen Stadtteil Reininghaus gegeben, und auch meine Kollegin Vizebürgermeisterin Schwentner war ebenfalls in einem Gespräch mit ihm über diesen Themenbereich. Ich konnte bereits, weil Slowenien angesprochen wurde, den Herrn Botschafter Aleksander Geržina im Februar begrüßen. Ebenfalls war er auch im März noch einmal

da. Es sind hier gute Beziehungen bestätigt worden und auch ganz konkrete Projekte erfolgt worden. Nicht nur mit Maribor, sondern auch mit Ljubljana. Wir konnten im Februar ebenfalls den Botschafter von Vietnam begrüßen, wo hier auch universitäre und wirtschaftlich stärkere Beziehungen mit der Stadt Da Nang besprochen wurden. Weiters haben wir im April den Botschafter der Republik Frankreich Gilles Pécout bei uns auf Besuch gehabt, wo es hier vor allem um Fragen der Wohnungspolitik gegangen ist und vor allem um die Unterbringung von der aus der Ukraine geflüchteten Menschen. Ebenfalls im April konnte ich die Vizebürgermeisterin von Nizza empfangen, die extra erbeten hat diesen Besuch, auch vor allem zum Thema Wohnen, Mobilität, aber auch um das Thema Flüchtlinge der Ukraine, weil in Nizza offenbar sehr viel geflüchtete Menschen aus der Ukraine sind. Sie wird im Spätherbst noch einmal kommen. Am 29. Juni, wie Sie wissen, war das Niederländische Königspaar in Begleitung des Bundespräsidenten bei uns, am 15. Juli die ukrainische Musikerin Alyona Alyona im Rathaus. Hier waren auch einige, die Frau Vizebürgermeisterin und auch Stadtratskollegen, mit dabei, weil es hier auch um das Goldene Buch Eintragung ging. In den nächsten Wochen stehen weitere Besuche von folgenden Botschafterinnen an: Von der Frau Annika Lisa Markovic aus Schweden, der norwegischen Botschafterin Susan Eckey und der belgischen Botschafterin Caroline Vermeulen. Aus Belgien durfte ich im Februar ebenfalls den Botschaftsrat und vor kurzem, am 6. Oktober, alle Honorarkonsule im Rathaus begrüßen, wo viele Vertreterinnen hier waren und wir auch weitere Termine in diesem Jahr noch mit einigen Vertreterinnen haben. Die britische Botschafterin habe ich jetzt vergessen, aber das ist unvollständig. Aber ich möchte Ihnen eigentlich anhand dieser Beispiele, es würde sonst zu lange dauern, ich habe die Zeit schon überzogen, wollte ich Ihnen aufzeigen, dass wir gute Beziehungen haben und in Wirklichkeit das Interesse an den wirtschaftlichen, kulturellen und auch gesellschaftspolitischen Fragen unserer Stadt und auch an mich als Bürgermeisterin sehr hoch sind.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich bitte um die Zusatzfrage.

GRⁱⁿ **Leban-Ibrakovic:**

Danke für die Zusammenfassung. Ich möchte nur noch einmal betonen, dass ich Ihr soziales Engagement nie in Frage gestellt habe, dennoch frage ich mich halt auch in den letzten Wochen, kann eine Tat eine andere aufwiegen? Das heißt, ist ein soziales Engagement ein Argument für eine Ideologie? Aber das ist jetzt nur eine persönliche Frage, die ich mir stelle. Zu den Aufzählungen, ja, das finde ich sehr toll und vielen Dank. Dennoch frage ich mich, oder ich habe es jetzt nicht herausgehört, das heißt, Sie haben jetzt keine speziellen Maßnahmen auf diese Vorfälle bezogen, also äußere Zeichen geplant? Das heißt, Sie werden sozusagen bei ihrer Linie, die Sie eingeschlagen haben, keine weiteren Reaktionen auch nach außen mehr senden? Habe ich das richtig verstanden?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich weiß nicht, worauf Sie sich beziehen? Ihre Frage war, ob die Beziehungen zu anderen Staaten oder zu anderen Persönlichkeiten, weil ich jetzt Bürgermeisterin bin, weniger geworden sind. Das ist die Interpretation.

GRⁱⁿ **Leban-Ibrakovic:**

Welche Maßnahmen Sie setzen, um diesen Reputationsschaden sozusagen zu schmälern oder vielleicht wieder gutzumachen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

In der Beziehung, in der Verantwortung als Bürgermeisterin in der Stadt Graz bin ich von keiner dieser Persönlichkeiten angesprochen worden und ich habe auch täglich mit sehr vielen Menschen aus diesen Ländern zu tun, die Sie und mein Kollege im Landtag als Kasperlnationen bezeichnet hat. Man kann es ja konkret benennen. Ich bin darauf nicht angesprochen worden, weil alle, die in Graz, mit denen ich zu tun habe, wissen, wie mein Blick und wie meine Haltung zu diesen Ländern ist. Nämlich nicht nur eine offene, sondern ein zutiefst freundschaftliche. Nicht umsonst schätzen uns gerade die Menschen aus diesen Ländern sehr in Graz und das müssen Sie gar nicht mich fragen, reden Sie mit den Leuten. Ansonsten haben ich dazu, zu diesem Thema, was Sie eigentlich ansprechen möchten, und das können sie durchaus konkret benennen, das bezieht sich auf den Herrn Landtagsabgeordneten Murg, dazu habe ich alles, was es zu sagen gibt in der Öffentlichkeit schon gesagt. Daran wird sich auch nichts ändern. Ich halte diese persönlichen Sachen, die er hier gesagt hat, für untragbar, das habe ich mehrmals gesagt und das gilt natürlich auch für heute. Ich habe aber als Stadtparteiobfrau hier keine andere Möglichkeit, als das genauso zu sagen in der Öffentlichkeit, und die Konsequenzen kann nur er persönlich ziehen.

GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic:

Dankeschön.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13.20 Uhr).

**6.8 Frage 8: Umgang mit Bezirksratsanträgen
(GR Huber, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher. Die Bezirksarbeit ist wichtig und die Bezirke sind das erste Sprachrohr für die politische Tätigkeit von uns, und wir haben auch schon, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, gestern im Ausschuss diskutiert, wie wir die Bezirke verstärkt einbinden möchten in die Stadtplanung und hier besteht der Konsens, dass das verstärkt gewährleistet sein muss. Deshalb ist es auch wichtig, dass der Austausch zwischen dem Gemeinderat und den Bezirken gut funktioniert. Umso ärgerlicher ist es, dass der Bezirksrat in Eggenberg bereits seit 2021, damals noch unter einer Verkehrsstadträtin Elke Kahr, jetzt unter einer Verkehrsstadträtin, Judith Schwentner, auf eine Antwort zur Verkehrsberuhigung in der Baiernstraße warten muss und diese Vorgangsweise mit den Anträgen aus den Bezirken, die wie in diesem Fall aufgrund der Bevölkerung eingebracht werden, ist demokratiepolitisch unerfreulich.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

Wie gedenken Sie in Zukunft eine adäquate Beantwortung und Bearbeitung von Bezirksratsanträgen zu gewährleisten?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Frau Stadträtin!

Im Bezirksrat von Eggenberg wird nun schon seit einiger Zeit für eine Verkehrsberuhigung in der Baiernstraße gekämpft.

Ein entsprechender Bezirksratsantrag wurde am 15. April 2021 eingebracht, aber nie bearbeitet. Eine am 17. September 2021 an die damals zuständige Stadträtin Elke Kahr gerichtete Urgenz wurde ebenfalls nicht beantwortet.

Ebenso wenig blieb ein neuerlicher Bezirksratsantrag zu diesem Thema am 21. April 2022, diesmal an die zuständige Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner gerichtet, seitens der Servicestelle am 4. Juli 2022 urgiert, bis dato unbeantwortet.

Diese Vorgehensweise mit den Anträgen aus den Bezirken, die, wie in diesem Fall, auf Wunsch der Bevölkerung eingebracht werden, ist demokratiepolitisch unerfreulich.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

„Wie gedenken Sie in Zukunft eine adäquate Beantwortung und Bearbeitung von Bezirksratsanträgen zu gewährleisten?“

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Herr Gemeinderat, für diese Frage. Ja, wir haben es gestern diskutiert und ich wiederhole es immer wieder und immer gerne. Ich nehme die Bezirke, die Anliegen von Bürger und Bürgerinnen, die direkt, aber auch sozusagen indirekt direkt über die Bezirksräte und Bezirksvorsteher an uns herangetragen werden sehr, sehr ernst. Mit der Umbildung der Stadtregierung oder der neuen Stadtregierung weiß ich auch und bemerke ich tagtäglich, wie hoch die Erwartungshaltungen sind, die Erwartungen an uns und die Wünsche und Anliegen, die an mich, an die Abteilungen, aber auch an meine Mitarbeiter:innen im Vizebürgermeisterinbüro herangetragen werden. Das ist sehr, sehr viel. Zu Recht sind viele Anregungen, viele Anliegen, vieles betrifft Dinge, die

schon Jahre zurück liegen, weil in gewissen Bereichen leider manche Dinge nicht passiert sind. Es betrifft die Ausgestaltung, nachdem mein Ressort sehr groß ist, die Ausgestaltung des öffentlichen Raumes. Da geht es um Bankerl, um Ampeln, um Sitzgelegenheiten, um Zebrastreifen, um Kreuzungen, um all das, was den ganzen öffentlichen Raum inklusive der Verkehrsplanung anbelangt. Das ist ein sehr hohes Arbeitspensum für unsere Abteilungen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den entsprechenden Abteilungen und da möchte ich mich an dieser Stelle einmal herzlich bedanken dafür, dass ich weiß, das alle dahinter sind, sämtliche Anliegen aus den Bezirken von Bürgerinnen und Bürger wirklich so rasch wie möglich zu beantworten. Danke vom gesamten Gemeinderat (*Appl.*).

Manches ist komplexer, manches ist arbeitsintensiver, es wird dann oft priorisiert und es werden Listen abgearbeitet. Manches bleibt manchmal länger liegen, ich weiß aber, dass die Verkehrsabteilung mir gegenüber versichert hat, dass das Thema der Verkehrsberuhigung in der Baiernstraße vorrangig bearbeitet wird. Die bemüht sich gerade darum und es wird passieren. Ich kann nur sagen, dass wir uns wirklich bemühen, aber bitte um Rücksicht auf die Ressourcen, die wir haben - personell und zeitlich, um dem auch wirklich nachzukommen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, ich bitte um die Zusatzfrage.

GR Huber:

Danke für Ihre Antwort. Man muss sagen, Sie haben sich das Ressort selbst ausgesucht und Sie haben so viele Mitarbeiter wie sonst kein Stadtrat, das muss man auch einmal festhalten, aufgrund Ihres Ressorts und das ist auch gut so. Trotzdem, wann kann der Bezirksrat in Eggenberg mit einer Antwort rechnen und wie wird diese aussehen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Zu meinem großen Ressort möchte ich gerne sagen, ja ich habe das Ressort gerne übernommen, weil es eine riesige Verantwortung ist, für die Zukunft und die Gestaltung der Zukunft unserer Stadt, sie klimagerecht und menschengerecht zu planen, und dazu gehören eben die Ressorts der Verkehrsplanung und der Stadtplanung. Wann genau, frage ich gerne nach, wie gesagt, sie haben mir zugesichert, auf Nachfrage und wissend, dass Sie diese Frage heute im Gemeinderat stellen, dass sie das priorisiert haben, dass sie sich das anschauen. Ich kenne die Situation gut dort, ich bin dort selber aufgewachsen, gleich ums Eck von der Bayernstraße. Wir werden uns des Themas annehmen. Ich kann Ihnen das Datum leider nicht nennen, aber ich werde noch einmal nachfragen. Ich weiß, dass die entsprechenden Beamten oder Amtsleiter:innen zuhören und auch wissen, dass das dringlich ist von Ihrer Seite.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke vielmals, wir sind nun am Ende der Fragestunde, das ist ganz selten, dass wir wirklich alle Fragen auch durchgehen konnten und auch geschafft haben. Danke für die Disziplin in der Zeiteinhaltung.

Ende Fragestunde: 13.26 Uhr